

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Folge 26

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 30. November 1945

Das Ergebnis der Wahlen

Die ersten demokratischen Wahlen seit 13 Jahren sind vorüber. Das Volk von Österreich hat am 25. November durch den Stimmzettel seinen politischen Willen kund getan. Das Ergebnis war vorzusehen, ist aber dennoch erstaunlich, besonders in Hinblick auf die Mißerfolge der Kommunistischen Partei. Wie wir heute feststellen können, war der Wahlkampf ein Ringen zwischen der Österreichischen Volkspartei und den Sozialisten. Die ÖVP. hat dank ihrer breiten Grundlage und ihrer Politik der Versöhnung den ersten Platz erreicht, sie ist als die wirkliche Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen. Der Vorsprung gegenüber den Sozialisten ist zwar klein, aber er ist von großem Wert, weil sich für die größte parlamentarische Partei auch für die Zukunft ungeahnte Möglichkeiten ergeben. Die ÖVP. ist, wenn man von der demokratischen Partei in Kärnten absieht, der Samelpunkt für alle Österreicher, die in ihrer Weltanschauung nicht marxistisch eingestellt sind. Das Beispiel von manchen Wiener Bezirken und von anderen Städten lehrt auch, daß nicht wenige Sozialisten der früheren Zeit zur ÖVP. gestoßen sein müssen. Das läßt sich nicht einfach damit erklären, daß das Gros der Wähler Frauen waren. Warum sollen die Frauen, besonders in den großen Städten nicht sozialistisch wählen? Der Grund ist ein psychologischer, er ist in der Wahlpropaganda besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Sozialistische Partei hat in Übereinstimmung mit den Kommunisten das NS-Problem praktisch immer wieder verschärft, besonders was die zahlreichen Mitläufer der ehemaligen Nazi-Partei betrifft. Durch die weite Verästelung dieser ehemaligen Parteianhänger wurden sicherlich auch viele Sozialisten unsicher gemacht und sie wählten die ÖVP. Dennoch ist das Ergebnis auch für die Sozialisten achtunggebend und ein voller Erfolg geworden. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialisten in vielen ländlichen Gemeinden nicht nur festen Fuß gefaßt haben, sondern auch einen beträchtlichen Prozentsatz der Wähler ausmachen. In Industriegebieten und größeren Städten haben die Sozialisten fast überall die Mehrheit erlangt. Wien ist rot geblieben, wieweil die sozialistische Mehrheit heute gering ist und sich auf die Arbeiterviertel erstreckt.

Die Vertretung der Arbeiterklasse kann nicht voll zur Wirkung kommen, weil die Spaltung in zwei politische Parteien nicht nur aufrecht geblieben ist, sondern sich sogar erheblich verschärft hat, wie es die letzten Tage des Wahlkampfes gezeigt haben. So unerheblich das Ergebnis der Wahlen für die Kommunistische Partei ist, die Stimmen fehlen überall den Sozialisten, die sie besonders beim Gesamtergebnis sehr vermissen.

Warum hat das österreichische Volk den Kommunisten kein Vertrauen geschenkt? Die Wahlpropaganda der Kommunisten übertraf oft jene der beiden anderen demokratischen Parteien und dennoch sind sie praktisch fast leer ausgegangen. Kurz nach dem militärischen Zusammenbruch des Dritten Reiches haben die Kommunisten überall die Initiative ergriffen, sie haben sogar in manchen Gebieten die marxistischen Parteien überhaupt repräsentiert. Damals sprangen sie überall helfend ein und der kommunistische Einfluß von damals war bedeutend größer als heute. Auf dem Wiener Parteitag der Kommunisten wurde ausdrücklich erklärt, daß die Kommunistische Partei in Österreich keine Diktatur des Proletariats wünsche, sondern daß sie eine demokratische Partei sei wie die beiden anderen politischen Parteien. Nach und nach wurde der Radikalismus der Kommunistischen Partei immer deutlicher er-

Bundesparteiobmann Ing. Leopold Figl an die ÖVP.-Wähler

Österreicher und Österreicherinnen!

Der Wahlkampf ist geschlagen! Die Österreichische Volkspartei hat diese erste demokratische Wahl im neuen Österreich siegreich bestanden. Wir gehen als die stärkste Partei des neuen Österreich aus diesem Wahlkampf hervor. Wir wissen, daß dies ein Vertrauensvorschub der österreichischen Bevölkerung für unsere Partei ist, wir wissen, daß die Männer und Frauen Österreichs unserer Partei durch ihren Stimmzettel beweisen wollten, daß sie unser Programm verstanden und ernst genommen haben, ein Programm, das letzten Endes nichts anderes heißt als: Österreich!

Wir sind in diesen Wahlkampf gegangen als Partei, die nichts versprochen hat als das eine, ihre ganze Kraft einzusetzen für Österreich, damit wir diese schweren Monate und Jahre des Wiederaufbaues überdauern und gemeinsam einer glücklicheren Zukunft entgegengehen können. Wir haben diesen ganzen Wahlkampf geführt auf dem Boden wahren Österreichertums, ohne Phrasen, ohne Demagogie und ohne Lügen, nur mit den Mitteln der Anständigkeit und Sauberkeit, die wir

als Grundlage jeder politischen Arbeit im neuen Österreich betrachten. Wir sind in den letzten Tagen dieses Wahlkampfes beschimpft und besudelt worden. Wir haben es abgelehnt, darauf zu antworten, weil wir wissen, daß der Neuaufbau dieses Österreichs die Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte voraussetzt. Und so haben wir den Vertrauensbeweis des österreichischen Volkes für uns, der uns mit der maßgeblichen Beeinflussung der künftigen Gestaltung Österreichs betraut, vor allem wieder als Verpflichtung aufgefaßt, als Verpflichtung, kein Mittel unversucht zu lassen zu einer Konzentration aller aufbauwilligen Kräfte in Österreich, solange wir dies mit den Grundsätzen jenes Programms, unter dessen Fahne wir um Österreichs Vertrauen geworben haben, vereinbaren können.

Als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei obliegt es mir heute, allen den Männern und Frauen Österreichs, die uns gewählt haben, für das Vertrauen zu danken, das sie uns geschenkt haben. Wir werden dieses Vertrauen nicht enttäuschen. Das Mandat für Österreich, das uns

am Sonntag geschenkt wurde, verpflichtet uns, in unermüdlicher Arbeit, in hartnäckiger Kampfbereitschaft und in kompromißloser Verteidigung wahren österreichischen Wiederaufbauwillens unser Programm durchzusetzen. Uns geht es hierbei weder um Ministerposten noch um sonstige Funktionen, uns geht es um das Interesse Österreichs und seiner Bevölkerung. Wir werden keinen Tag zögern, wenn wir der Meinung sind, daß wir nicht in der Lage wären, das Vertrauen unserer Wähler zu rechtfertigen, neuerlich an das gesamte österreichische Volk mit der Frage um seine neue Entscheidung heranzutreten.

Wir sind eine junge Partei, eine neue Partei, eine Partei der neuen Demokratie. Wir lehnen es auch nach der Wahl ab, eine durch das Vertrauen unserer Wähler erworbene Vormachtstellung zu einer parteipolitischen oder persönlichen Machtverankerung zu mißbrauchen. Wenn wir bereits in der ersten Stunde nach dem Wahlausgang den anderen Parteien die Hand bieten zu gemeinsamer Arbeit, so machen wir auch heute schon darauf aufmerksam, daß dies kein Bündnis sein kann und wird zu einer parlamentarischen Verbrüderung im Interesse einer Mandatsversicherung gegen die Wählerschaft. Wir werden, sobald wir der Meinung sind, daß die anderen Parteien verkalkte Anschauungen über parlamentarische Arbeit wiedereinführen und damit an Stelle einer wahren Volksvertretung die Hierarchie berufspolitischer Sekretäre setzen, keine Minute zögern, im Bewußtsein unserer Verpflichtung auch

Österreichern und Österreicherinnen gegenüber neuerlich an euer Vertrauen zu appellieren.

Dieser erste Aufruf einer erfolgreichen Partei in einem Wahlkampf mag manchem Parlamentarier etwas ungewöhnlich erscheinen. Unsere Partei setzt ihren Stolz darin, keine Partei von gestern zu sein, sondern eine Partei, die ausschließlich und kompromißlos nur das Österreich und die Demokratie von morgen will, in der nur das Volk selbst und der Wähler selbst und damit auch nur die Partei und der Mandatar zu entscheiden hat, der das hundertprozentige Vertrauen des Volkes und des Wählers besitzt. Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen mit praktischen Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten, die unseren ersten Willen für die Erneuerung dieses Österreich darlegen.

Von der Bereitschaft der anderen Parteien, hierbei mitzuwirken, wird es abhängen, ob diese Wahl tatsächlich der Anfang jenes neuen Österreich und jener neuen Demokratie war, für die sich unsere Wähler entschieden haben. Wir hoffen es und wir haben am heutigen Abend alle Verärgerungen aus dem Wahlkampf weggewischt aus unserem Gedächtnis. Wir treten unseren Parteigenossen von gestern und unseren Mitarbeitern in der Konzentration aller Kräfte von morgen vorurteilslos mit dem ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit gegenüber.

Möge dieses Bekenntnis zu Österreich, wie wir es im Herzen tragen und wie es für uns nicht nur Parteiprogramm, sondern auch tiefere Überzeugung ist, auf der Seite der anderen Parteien die entsprechende Würdigung finden. Wir wünschen und hoffen dies im Interesse Österreichs, im Interesse der Frauen und Männer Österreichs, im Interesse der Befriedung dieses Herzstückes von Europa, das mit allen Staaten Europas zusammenarbeiten will und muß am Neuaufbau des Kontinents.

Gesamtwahlergebnis in Österreich

Partei	Stimmen	in Prozenten	Nationalratsmandate
Österreichische Volkspartei	1.598.474	49,84	85
Sozialistische Partei Österreichs	1.428.441	44,54	76
Kommunistische Partei Österreichs	174.387	5,44	4
Demokratische Partei (Kärnten)	5.823	0,18	—
Zusammen	3.207.125	100,00	163

Das Wiener Wahlergebnis

Partei	Stimmen	in Prozenten	Nationalrat	Landtag
ÖVP.	300.468	34,51	16	35
SPÖ.	500.116	57,44	28	59
KPÖ.	70.056	8,05	2	6
Zusammen	870.640	100,00	46	100

Das Ergebnis in Niederösterreich

(Viertel ober dem Wienerwald)

Partei	Stimmen	Mandate
ÖVP.	107.764	6
SPÖ.	68.057	3
KPÖ.	9.270	—
Zusammen	185.091	9

Gewählt wurden:

ÖVP.: Ing. Figl, Müller, Mayerhofer, Maier, Tatzreiter.
SPÖ.: Brachmann, Rosa Jochmann, Schneeberger.
Ein Restmandat.

kennbar, und zwar weniger in sachlicher als in personeller Beziehung. Besonders der Wahlkampf hat gezeigt, daß die Kommunisten einen unversöhnlichen Kampf gegen alle Überreste des Nazismus führten. Das war ihr gutes Recht, diesen Kampf führten und führen alle politischen Parteien, die Schärfe des Kampfes aber ließ in den Menschen wahrscheinlich die Vorstellung aufkommen, daß die Kommunistische Partei eine Politik des Hasses betreibe, Haß und Radikalismus aber sind dem österreichischen Wesen fremd. Nur so läßt sich das völlige Versagen der kommunistischen Wahlpropaganda erklären. Dabei ist die Feststellung wichtig, daß die Anwesenheit der Roten Armee den Kommunisten weder genützt noch geschadet hat, weil das Wahlergebnis auch in den nicht russisch besetzten Gebieten ungefähr das gleiche Verhältnis aufweist. Das Mißtrauen der österreichischen Bevölkerung richtet sich daher in keiner Weise gegen die Rote Armee oder gegen die Sowjetunion, sondern einzig und allein gegen die

nösterreichische Politik der österreichischen Kommunisten. So zumindest scheint die österreichische Bevölkerung gefühlt zu haben.

Die Österreichische Volkspartei hat einen eindeutigen Sieg errungen. Sie besitzt die absolute Mehrheit im Nationalrat. Die Sozialisten und die Kommunisten müssen die Entscheidung des Volkes als bindend hinnehmen. Die Politik der ÖVP. ist aber in jeder Beziehung versöhnend, ihre Führer haben schon ihren Willen zur demokratischen Zusammenarbeit ausgedrückt. ÖVP. und Sozialisten müssen in der Zukunft jene Politik verwirklichen, die ihnen das Vertrauen ihrer Wähler gegeben hat oder die ihnen mehr Vertrauen erringen kann. Die nächsten Jahre werden im Zeichen eines politischen Konkurrenzkampfes stehen, der sich aber nur nutzbringend für Österreich auswirken wird, wenn er in wirklich demokratischer Weise geführt wird.

Die Politik der Versöhnung und der Zusammenfassung aller Kräfte hat gesiegt — das ist das Ergebnis der Wahlen.

Dank der Sozialistischen Partei

Der Wahlkampf ist vorbei. Die Sozialistische Partei hat ihn mit einem großen Erfolg abgeschlossen. Angesichts der Tatsache, daß die Wählerschaft diesmal fast zu zwei Dritteln aus Frauen bestand, ist dieser Erfolg um so höher einzuschätzen: er bringt uns mehr Mandate im Nationalrat, als wir bei den letzten Wahlen hatten, bestätigt unsere beherrschende Stellung in Wien und führt uns siegreich in allen Städten des Landes, aber auch in vielen Landgemeinden vorwärts.

Dieser große Erfolg wurde errungen von unserer Partei, die erst vor wenigen Monaten aus dem Dunkel elfjähriger Unterdrückung und Verfolgung wiederaufgestiegen ist.

Sie mußte unter den schwierigsten Umständen die eigene Organisation wiederaufbauen, während sie gleichzeitig ihre besten Kräfte für den Wiederaufbau des Staates zur Verfügung stellte. Sie mußte einen Wahlkampf führen, während sie selber organisatorisch noch kaum voll wiederhergestellt war.

Sie hat ihn glänzend geführt. Die Erfahrung der alten Genossen und der Eifer der jungen, die Begeisterung und die Treue aller haben dieses Werk im Dienste der sozialistischen Idee vollbracht. Der Erfolg krönt ihre harte Arbeit. Die Partei dankt allen Vertrauensmännern und allen Mitarbeitern für ihre große Leistung.

Der Parteivorstand der SPÖ.

Die provisorische österreichische Regierung zurückgetreten

In der Kabinettsitzung vom 28. November unter dem Vorsitz von Staatskanzler Dr. Renner wurde der Gesamtrücktritt des Kabinetts beschlossen.

Der politische Kabinettsrat nahm den Rücktritt der Regierung an, beauftragte diese aber, bis zur Bildung einer neuen

Regierung im Amte zu bleiben. Gleichzeitig forderte der politische Kabinettsrat die Vertreter der Österreichischen Volkspartei — als der stärksten Partei — auf, eine Persönlichkeit aus ihren Reihen namhaft zu machen, welche bereit wäre, die Bildung einer neuen Regierung zu übernehmen.

Plan der Währungsumwandlung

Ein englischer Bericht

Reuter meldete am 22. ds. aus Wien:

Die schlimmsten Formen der Inflation in Österreich können vielleicht noch durch den Beschluß des Alliierten Rates verhütet wer-

den, der Maßnahmen zur Beendigung des Währungschaos vorsieht.

Es wird erwartet, daß ein Stabilisierungsplan sofort nach den Wahlen am nächsten Sonntag bekanntgegeben werden soll. Über

liche Mahnung an die Großmächte. Es heißt darin u. a.:

„Der Krieg ist vorüber. Aber noch ist der Frieden in der Welt nicht eingekehrt. In der Atlantik-Charta wurde uns jener Frieden aufgezeigt, für den wir kämpften und bluteten, jener Frieden, den wir mit unsagbaren Opfern erkauft haben. Das in der Atlantik-Charta festgelegte Ziel war jenes Friedensideal, das uns durch die Jahre des Krieges gestärkt und Millionen von Menschen in den versklavten Ländern in ihrem heldenmütigen Kampf um die Freiheit beiseit hat. Die kleinen unterdrückten Völker haben in uns die Treuhänder ihrer Freiheit gesehen. Es war der ihnen in Aussicht gestellte Frieden, den sie und den wir erstrebten. Dürfen wir nun von diesem Friedensideal abgehen? Wenn wir dies unter dem Vorwand eines falschen Realismus tun sollten, dann sehen wir uns eines Tages der grauenhaften Katastrophe des Atomkrieges gegenüber. Wir befinden uns in der größten Krise der Menschheitsgeschichte. Unser Land hat die Macht, das Recht und die Verantwortung, einen Frieden zu fordern, der auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit aufgebaut ist. Nur ein solcher Frieden kann unsere Antwort auf den Verzweiflungsschrei sein, der aus aller Welt zu uns dringt.“

Das Schicksal Deutschlands, Österreichs und Ungarns kann uns nicht gleichgültig sein. Wie lange immer die Bewährungszeit bemessen ist, die einem Volk auferlegt wird, wir müssen ihm dazu verhelfen, seinen rechtmäßigen Platz in der Völkerfamilie wieder einzunehmen. Es wäre weder klug noch gerecht, den Geist der Rache walten zu lassen. Gerechtigkeit verlangt Bestrafung der Schuldigen und Wiedergutmachung im vernünftigen Ausmaß. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß unser traditionelles System der Gerechtigkeit im Wesen der individuellen Verantwortung verankert ist.“

Abschließend erklären die Bischöfe, daß Massenausiedlungen ganzer Völker und systematische Sklavenarbeit in unserer Epoche ausgeschlossen sein sollten. Um Millionen von Menschen rechtzeitig vor Hunger und Elend zu bewahren, fordern die Bischöfe das amerikanische Volk auf, den bedrohten Völkern baldmöglichst Hilfe zu bringen.

Bemühungen um eine neue Regierung Italiens

Italien steht vor der Bildung einer neuen Regierung, der sechsten seit dem Sturz Mussolinis. Das Komitee der nationalen Befreiung trat am 26. ds. zusammen, um über die Wahl eines neuen Regierungschefs zu beraten. Im Verlauf der Krise nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Parri hatte der Generalstatthalter des Königreiches, Prinz Umberto, Besprechungen mit zahlreichen führenden Politikern, darunter mit dem greisen Staatsmann Professor Orlando, mit den drei ehemaligen Ministerpräsidenten Bonomi, Badoglio und Nitti sowie mit Graz Sforza und dem früheren Außenminister de Gaspari. Parri erklärte, Italien beuge sich in eine große Gefahr, wenn der Versuch unternommen würde, eine Regierung zu bilden, in der die Rechts- oder Linksparteien stärker als in seiner Regierung vertreten seien, die sich bemüht habe, das Gleichgewicht zu halten.

Die neue ungarische Regierung von England anerkannt

Im britischen Unterhaus wurde die Anerkennung der neuen ungarischen Regierung durch Großbritannien verkündet. Auf eine Frage erwiderte Staatsminister Baker, daß der britische Vertreter in Budapest dem ungarischen Außenminister mitgeteilt habe, die britische Regierung sei bereit, mit der neuen ungarischen Regierung die direkten Beziehungen aufzunehmen und den ungarischen Regierungsvertreter jederzeit zu empfangen.

Arbeitsbeginn der Vereinten Nationen in London

Auf der am 26. ds. stattgefundenen Tagung der Vorbereitenden Kommission der Organisation der Vereinten Nationen wurde der Delegierte Kolumbiens, Dr. Eduardo Zuleto Angel, zum Vorsitzenden gewählt. Der ukrainische Delegierte, Professor für Geschichte an der Kiewer Universität, D. F. Manuiski, und der belgische Außenminister Paul Henry Spaak wurden zu Vizepräsidenten gewählt. Delegierte von 51 Staaten sind vertreten. Den Abordnungen stehen mehr als 500 Sachverständige zur Seite. Die Sitzungen werden vermutlich bis knapp vor Weihnachten dauern. In einem Stimmungsbericht über die Tagung führt ein Korrespondent des Londoner Rundfunks aus, daß alle

Delegationen mit Feuereifer an der Arbeit der Organisation der Vereinten Nationen sind. Auch die Sowjetunion legte so großen Wert auf die gegenwärtige Sitzung, daß Moskau 50 Sachverständige zur Unterstützung der sowjetischen Delegation geschickt hat. „All dies“, setzt der Korrespondent fort, „ist Grund zu großem Optimismus, wenn man an die erste Zeit des Völkerbundes denkt. Seither sind die Völker auf dem Weg der internationalen Zusammenarbeit ein gutes Stück vorwärts gekommen.“

Die neue französische Regierung

In Paris wurde am 21. ds. das neue Kabinet General de Gaulles bekanntgegeben. General de Gaulle nimmt neben dem Ministerpräsidenten auch den Posten eines Verteidigungsministers ein. In seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister werden ihm Edouard Michelet (MRP., das ist Katholik) als Heeresminister und Charles Tillon (Kommunist) als Rüstungsminister zur Seite stehen. Die weiteren Mitglieder der französischen Regierung sind: Justiz: Tietgen (MRP.), Inneres: Titier (Sozialist), Außen: Georges Bidault (MRP.), Wirtschaft: Billoux (Kommunist), Finanzen: Plevin (MRP.), Industrielle Produktion: Paul (Kommunist), Landwirtschaft und Ernährung: Tanguy-Prigent (Sozialist), Öffentliche Arbeiten und Transport: Moch (Sozialist), Arbeit: Croizat (Kommunist), Erziehung: Giacobbi (Radikaler), Kolonien: Soustelle (Sozialist), Post, Telegraph, Telefon: Thomas (Sozialist), Bevölkerungswesen: Prigent (MRP.), Wiederaufbau: Dautry (parteilos), Information: André Malreaux (parteilos). Dem Kabinet gehören ferner vier Staatsminister ohne Portefeuille an, und zwar Vincent Auriol (Sozialist), Maurice Thorez (Kommunist), Francisque Gay (MRP.) und Louis Jacquinot (Rechtsparteien). Insgesamt setzt sich die neue Regierung aus 6 Sozialisten, 6 Mitgliedern der Republikanischen Volksfront (Katholiken), 5 Kommunisten, 2 Unabhängigen, 1 Radikalen und 1 Gemäßigten zusammen.

Eisenhower

amerikanischer Generalstabschef

Präsident Truman gab am 20. ds. neue Ernennungen für die höchsten Posten der amerikanischen Streitkräfte bekannt. Danach wird General Eisenhower, bisher Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Chef des amerikanischen Generalstabes. Er wird sein Amt in allernächster Zeit antreten.

Churchill über die Atombombe

Als Führer der Opposition eröffnete Churchill am 7. ds. im englischen Unterhaus die Debatte über außenpolitische Angelegenheiten. Wenn auch die innerpolitischen Meinungen auseinandergehen, sagte er, müsse dennoch in einem Punkte Übereinstimmung bestehen, daß Premierminister Attlee nicht als Führer der Unterhausmehrheit, sondern als Vertreter des ganzen britischen Volkes nach Amerika fährt. Im weiteren Verlauf seiner Rede brachte Churchill seine tiefempfundene Dankbarkeit für das große russische Volk und die tapfere Rote Armee zum Ausdruck. „Es ist beruhigend, zu wissen“, sagte Churchill, „daß Generalissimus Stalin weiterhin mit starker Hand die Geschicke der Sowjetunion lenkt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen den Groß-

mächten Meinungsverschiedenheiten auftauchen. Die Geisteshaltung und das Gewissen des britischen Volkes lehnen es jedoch auf das entschiedenste ab, daß Großbritannien bewußt auf eine antirussische Politik verfallen oder sich an einer gegen Rußland gerichteten Mächtegruppe beteiligen könnte.“ Zur Frage der Atombombe betonte Churchill, daß keiner der beiden Partner, Großbritannien und die USA, berechtigt sei, ohne Einverständnis des anderen die Geheimnisse der praktischen Fabrikationsmethode dieser Geheimwaffe preiszugeben. Eine Bekanntgabe dieses Geheimnisses würde gleichbedeutend damit sein, daß eine bedeutende Zahl von Sowjetingenieuren und Wissenschaftlern Zutritt zu den USA-Arsenalen erhalten müßte, in denen diese Waffe hergestellt wird. Ich bin davon überzeugt, betonte Churchill, daß man in der Sowjetunion ein ähnliches Verlangen Großbritannien ebenso abgelehnt hätte, wie es die USA. heute tun. Während des Krieges haben die Alliierten verschiedene Geheimwaffen und Erfindungen, wie z. B. die der Fernortung an Rußland mitgeteilt — sie haben aber keine entsprechende Gegenleistung zu verzeichnen gehabt. Am Schlusse seiner Rede gab Churchill der Auffassung Ausdruck, daß das Wissen um das Geheimnis der Atombombe als heiliges Unterpfand zur Erhaltung des Friedens betrachtet werden und daß es das dringlichste Ziel Großbritannien sein müsse, so bald als möglich größere Vorräte von Atombomben zu erzeugen und an sicheren Orten in Großbritannien aufzustapeln.

Fast 1000 Kilometer in der Stunde

Das britische Düsenflugzeug „Britannia“ unternahm kürzlich vier Versuche, den Geschwindigkeitsweltrekord zu brechen, und erreichte eine Durchschnittsleistung von 968,6 Stundenkilometer. Beim ersten Versuch wurden 965,4, beim zweiten 968,6, beim dritten 952,5 und beim vierten 956,3 Stundenkilometer erreicht.

Neue britische Erfindung

Einzelheiten über eine neue britische Erfindung, den sogenannten „Decca-Navigator“, wurde bekanntgegeben. Diese Vorrichtung ermöglicht es, Schiffe und Flugzeuge jeder Type ohne irgendwelche andere Instrumente zu steuern. Das Decca-System wurde am Invasions-tag benutzt, um die alliierten Minenräumflottillen und Landeinheiten durch enge minenfreie Passagen in die Normandie-Bucht zu steuern.

4.460.000 Engländer unter den Waffen

Die englische Regierung gab auf eine Anfrage Winston Churchills hin bekannt, daß Großbritannien noch etwa 4.460.000 Mann unter den Waffen hat. Davon dienen 2.300.000 in Übersee.

Tiso vor Gericht

Der ehemalige slowakische Staatspräsident Tiso wurde in Prag von den amerikanischen Behörden den Tschechoslowaken übergeben und auf dem Luftweg in Begleitung einiger Minister seines früheren Kabinetts nach Preßburg gebracht. Tiso wird vor dem nationalen Volksgericht unter der Anklage der Mithilfe bei der Zerstückelung der Tschechoslowakei im Jahre 1938 abgeurteilt werden.

USA-Schiffe an die Sowjetunion

Aus San Franzisko wird gemeldet, daß 135 USA-Schiffe, mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgestattet, in den Alaskischen Gewässern von der USA-Marine an die Sowjetflotte übergeben wurden.

Die britische Regierung

hat die Verstaatlichung des zivilen Flugverkehrs und des Funk- und Kabeldienstes innerhalb des Britischen Reiches angekündigt.

Rußland baut ein Riesenkraftwerk

Der Bau des Riesenkraftwerkes am Surangajfluß, das noch 25mal leistungsfähiger als die berühmten Dnjeprkraftwerke sein soll, wird eines der größten Wasserkraftwerke sein und bildet einen Teil des im nächsten Jahr beginnenden russischen Fünfjahresplanes. Wie russische Industrieführer erklären, wird dieser Bau im Laufe von wenigen Jahren die wilden Steppen um den Baikalsee herum in ein großes Industriezentrum verwandeln.

Aus Stadt und Land

NACHRICHTEN AUS DEM YBBSTAL

Stadt Waidhofen a. d. Ybbs

Vom Standesamt. Geburten: Am 21. ds. ein Mädchen Ingeborg Helga der Eltern Wilhelm und Erna Rauscher, Waidhofen, Wienerstraße 45. Am 24. ds. ein Mädchen Ingeborg der Eltern Johannes und Ingeborg Pall, Schauspieler, Göstling, Stiegengraben. — **Eheschließung:** Am 25. ds. Ernst Sussitz, Angestellter, Waidhofen, Schöffelstr. 8, und Gertrud Andraschko, Wirtschaftsleiterin, Waidhofen, Schöffelstraße 8. — **Sterbefälle:** Am 23. Oktober Anna Kromoser, im Haushalt tätig, Hilm 137, 46 Jahre. Am 14. November Herbert Krondorfer, Kind, Niederhausleiten 65, 2 Monate. Am 24. ds. Gertrud Klein, Fürsorgepflegling, Duisburg, Blücherstraße 61, 81 Jahre. Am 17. ds. Franziska Haberl, Haushalt, Zell a. d. Y., Messergasse 5, 62 Jahre. Am 25. ds. Theresia Stadlbauer, Haushalt, Wien, 10, Triesterstraße 51, 32 Jahre. Am 27. ds. Karl Sachslehner, Fürsorgepflegling, Waidhofen, Wienerstraße 47, 61 Jahre. Am 25. ds. Johann Brunnsteiner, Polizist, Kleinholzenstein 19, 54 Jahre.

Nachtrag zum Bericht über die 2. Sitzung des Gemeinderates am 20. November. An Stelle des zurückgetretenen Gemeinderates Doktor Georg Nagelschmied wurde Herr Anton Neureither, Uhrmacher am Hohen Markt, zum Gemeinderat bestellt.

Der Wahlsonntag. Wie überall, verlief der Wahlsonntag auch in Waidhofen vollständig ruhig. Die Wahlbeteiligung war äußerst reger, die Wähler kamen ihrer staatsbürgerlichen Pflicht mit großem Eifer nach. Vor den Wahllokale mußten sie Schlange stehen und geduldig warteten sie oft eine Stunde lang, bis die Reihe an sie kam. Während des Wartens wurden die Möglichkeiten der Wahl lebhaft besprochen. Mitunter gab es kleine Zwischenfälle, die den Wahlakt verzögerten. In einem Wahllokal nannte eine ältere Frau immer wieder eine Adresse, unter welcher sie im Wahlverzeichnis nicht zu finden war. Niemand kannte sie. Als man schon daran war, die Frau wegzuschicken, erinnerte sie sich plötzlich ihrer richtigen Adresse. Ziemlich häufig kam es vor, daß Frauen keine oder ungültige Dokumente hatten. Sie mußten nach Hause geschickt werden, wurden aber bei ihrer Rückkehr rasch vorgelesen. Der Andrang war so stark, daß die Wahlzeit verlängert werden mußte. Als am Abend das Wahlergebnis von Waidhofen und

Zell bekannt wurde, konnte man lebhaft diskutierende Menschengruppen in den Straßen bemerken.

Bunter Abend der FÖJ. Die FÖJ, wiederholt die Aufführung ihres Programms am Freitag, den 7. Dezember, um 19 Uhr im Kinosaal. Die Bevölkerung wird zu dieser Aufführung herzlich eingeladen. Karten an der Kasse. Die Aufführung wird am Sonntag, den 9. Dezember, für Kriegsinvalide und Heimkehrer noch einmal wiederholt. Ort: Kinosaal, Zeit 15 Uhr.

Städt. Leihbibliothek Waidhofen. Die Bücherausgabe wird von Donnerstag auf Samstag verlegt. Der nächste Ausgabetag ist daher Samstag, der 8. Dezember. Die Ausgabzeit wird um eine halbe Stunde verlängert: 16.30 bis 19 Uhr. Es werden eine größere Anzahl neu eingestellter Werke und ebenso neu gebundener Bücher des bisherigen Bestandes zur Verfügung stehen. Bücherspenden sind nach wie vor sehr erwünscht.

Die Büchereileitung.

General Zar sprach im Städtischen Schulerheim. Im Rahmen einer Vortragsreihe sprach als zweiter Redner General Zar zum Thema „Erste Hilfe in der Großstadt“. Der Redner, der durch eine Reihe von Jahren das Feuerwehrwesen der Stadt Wien leitete, befaßte sich eingehend mit der Organisation der Wiener Berufsfeuerwehr und der Rettungsgesellschaft. In wirklich anschaulichen Vergleichen mit unserer engsten Heimat erläuterte er den Schülern die Größe des Wiener Gemeindegebietes und umriß die Aufgaben der Berufsfeuerwehr. Er legte dar, daß der Feuerschutz nur den kleineren Teil des großen Aufgabenkreises bildet, den dieses bestgeschulte technische Korps zu erfüllen hat, dessen Feuerwachen so liegen, daß zu jeder Unglücksstelle höchstens eine Anfahrt von fünf Minuten erforderlich ist. Durch Radio stets mit der Feuerwehr oder mit der Zentrale in Verbindung, kann jede Einheit sogar auf der Fahrt umdirigiert werden. General Zar streifte auch das Feuerschutzwesen von Berlin und London. Diese Städte haben zwar mehr Feuerwehren und Geräte, da das Stadtgebiet größer ist, in der Organisation und in den technischen Einrichtungen war aber die Wiener Berufsfeuerwehr musterhaft, so daß viele ihrer Einrichtungen von anderen Staaten übernommen wurden. Nach diesem allgemeinen Überblick erläuterte der Vortragende den Dienst des Berufsfeuerwehrmannes und die verschie-

Dank der Österreichischen Volkspartei an die Wählerschaft in Stadt und Land!

Am 25. November 1945 hat die Österreichische Volkspartei den Wahlsieg davongetragen und die absolute Mehrheit im Nationalrat und im niederösterreichischen Landtag erreicht.

Waidhofner, Waidhofnerinnen! Ihr habt an diesem Erfolg euren großen Anteil.

Auch in den Gemeinden Waidhofen-Stadt, Waidhofen-Land und im übrigen Ybbstal hat die ÖVP die absolute Mehrheit. Die Österreichische Volkspartei dankt der Wählerschaft für das ihr geschenkte Vertrauen. Besonders dankt sie allen Vertrauensleuten und Mitarbeitern für ihre unermüdliche Arbeit sowie vor allem für die Beistellung von Fahrgelegenheiten.

Mit Spannung sah die ganze Welt am 25. November auf uns Österreicher. Österreich hat sich an diesem Tag eindeutig für die sachliche und solide Aufbaupolitik der Österreichischen Volkspartei entschieden. In ehrlicher Zusammenarbeit mit den Parteien, die guten Willens sind, soll nun dieses Österreich neu geschaffen werden.

